

## Die Maulhelden der Großkonzerne und Lobbyisten Angela Merkel und Barack Obama

Die Maulhelden der internationalen Großkonzerne Angela Merkel und Barack Obama lassen derzeit in politischen Hinterzimmern neue Instrumente entwickeln, mit denen der Einfluss von Wirtschaftsverbänden und Bankenlobbys an den demokratisch legitimierten Parlamenten vorbei etabliert werden soll. Während die Öffentlichkeit bei den Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU (TTIP) weitgehend außen vor bleibt, hat die amerikanische Verbraucherrichterin Lori Wallach erfahren, dass „600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang an den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern haben“ (Publik Forum, 11.04.14, Dossier, S. 5). Diese Schieflage hat unmittelbaren Einfluss auf die konkreten Machtverhältnisse in der gegenwärtigen Politik. Denn während die Steuerzahler insgesamt „mindestens 1.7 Billionen Euro zur Rettung von Pleitebanken“ (PuFo, ebd., S.6) aufgebracht haben, sind „die Reichen heute reicher als vor der Krise, während breite Teile der Bevölkerung mit Arbeitslosigkeit, Armut, Lohn- und Rentenkürzungen sowie kollabierenden Gesundheitssystemen die Zeche zahlen“ (PuFo, ebd.). Mit anderen Worten: Die etablierte großbürgerliche Politik, die von Merkel und Obama vertreten wird, nimmt in Kauf, dass mit der „anvisierten Handelliberalisierung durch einen koordinierten Abbau sozialer und ökologischer Standards“ (PuFo, ebd.), eine „gewaltige Machtumverteilung zugunsten von Banken und Konzernen und ihren Eigentümern“ (PuFo, ebd.) stattfindet. Vor diesem neoliberalen Hintergrund ist es sogar möglich, dass die neuen politischen Instrumente wie „das geplante Sonderklagerecht für Investoren“ (PuFo, ebd.) oder „transatlantischen Regulierungsrat“ (PuFo, ebd.), der einem kleinen Gremium aus „Lobbyisten aus Wirtschaft und Finanzwelt“ (PuFo, ebd.) erlaubt, an demokratisch legitimierten Parlamenten vorbei Deregulierungen vorzunehmen, um die Profite zu steigern. Damit wären auch der „deutsche Mindestlohn oder die Finanztransaktionssteuer“ (PuFo, ebd.) noch bevor sie eingeführt wären, u.U. überholt und bloße sozialromantische Makulatur. Auf diese Art und Weise findet künftig eine noch größere Umverteilung von unten nach oben statt, wodurch auch Staatshaushalte zunehmend gefährdet werden, sollen sie die sozialen und wirtschaftlichen Schieflagen für die breite Masse der Menschen kompensieren.

„So läuft zurzeit eine Klage eines französischen Konzerns gegen das Land Ägypten. Dort wurde ein Mindestlohn erhöht, durch den der Konzern seinen Gewinn gefährdet sieht“ (PuFo, ebd., S. 8). Dies ist nur ein Beispiel wie „Arbeitnehmer- und Sozialrechte abgebaut werden“ (PuFo, ebd.). Das politische Instrumentarium, mit dem solche Klagen von Großkonzernen gegen Staaten möglich werden, ist das „Investitionsschutzabkommen, das mitverhandelt wird“ (PuFo, ebd.) in Brüssel bei dem geplanten Freihandelsabkommen. Die Großkonzerne erhalten „eine völkerrechtlich abgesicherte Klagemöglichkeit [...], wenn ihre Investitionen durch nationale Gesetze beeinträchtigt werden“ (PuFo, ebd.). Es besteht damit keine Möglichkeit mehr für Nationalstaaten beispielsweise die „Arbeits-, Gesundheits- und Sozialstandards“ (PuFo, ebd.) für ihre Bevölkerung auszuweiten, ohne dass Konzerne dagegen klagen könnten. Speziell in Bezug auf die USA ist vor allem bedenklich, dass die amerikanische Regierung bisher nur „die Norm zur Kinderarbeit und zur Abschaffung der Zwangsarbeit unterschrieben haben“ (PuFo, ebd.). Statt aber die sozialen Standards durch das vertragliche Instrument des Freihandelsabkommens mittels „Harmonisierung“ gegebenenfalls auf amerikanisches Niveau abzusenken, verlangen Gewerkschaften wie die IG-Metall, dass die Arbeitsbedingungen in den USA nachhaltig verbessert werden. Die Frage ist nur, welche Politiker der großen Koalition oder welche Politiker auf europäischer Ebene das durchsetzen sollen?